Landkreis **Vorpommern-Rügen**
Die Kreistagspräsidentin

Niederschrift über
die Fortführung der 4. Sitzung des Kreistages Vorpommern-Rügen
vom 24. Februar 2020 am 9. März 2020

Sitzungsraum: "Audimax" der Hochschule Stralsund,
Zur Schwedenschanze 15 in 18435 Stralsund
Sitzungsdauer: 17:00 - 19:10 Uhr

Anwesenheit:

Kreistagsmitglied

Herr Michael Adomeit
Frau Ute Bartel
Herr Uwe Dalski
Frau Rita Falkert
Herr Stefan Giese
Herr Christian Griwahn
Herr Benjamin Heinke
Herr Roland Herrmann
Herr Maik Hofmann
Frau Andrea Kähler
Frau Dr. Carmen Kannengießer
Frau Kristine Kasten
Herr Albrecht Kiefer
Frau Anett Kindler
Herr Holger Kliewe
Frau Andrea Köster
Herr Frank Kracht
Herr Helmut Krüger
Frau Andrea Kühl
Herr Andreas Kuhn
Herr Jens Kühnel
Herr Hendrik Lastovka
Frau Christiane Latendorf
Herr Mathias Löttge
Herr Michael Meister
Frau Kathrin Meyer
Frau Christiane Müller
Frau Claudia Müller
Herr Thomas Naulin
Herr Dirk Niehaus
Herr Michael Philippen
Herr Thoralf Pieper
Herr Helmut Poppe
Frau Maria Quintana Schmidt
Herr Thomas Reichenbach
Herr Gerd Scharmberg
Frau Sylvia Schiefler
Herr Daniel Schossow
Herr Maximilian Schwarz
Herr Dario Seifert
Herr Jürgen Suhr
Herr Norbert Thomas
Frau Heike Völschow
Herr Dr. Wolfgang Weiß
Herr Prof. Dr. Ludwig Wetenkamp
Herr Dr. Ronald Zabel
Herr Tilo Ziemßen
Frau Anita Zimmermann

Von der Verwaltung

Herr Dr. Stefan Kerth	Landrat
Frau Carmen Schröter	FBL 1
Herr Manfred Gerth	FBL 2
Herr Frank-Peter Lender	FBL 3
Frau Ricarda Rumpel	FDL 01
Frau Peggy Schäpler-Moede	FGL 01.20
Herr Marcus Hanusch	Protokollführer

Es fehlen:

Kreistagsmitglied

Herr Uwe Ahlers	unentschuldigt
Herr Norbert Benedict	unentschuldigt
Herr Alexander Benkert	unentschuldigt
Herr Ernst Branse	unentschuldigt
Frau Wenke Brüdgam	entschuldigt
Herr Jörg Burwitz	entschuldigt
Herr Frank Fanter	entschuldigt
Herr Harry Glawe	unentschuldigt
Herr Aurel Hagen	entschuldigt
Herr Frank Ilchmann	entschuldigt
Herr Philipp Laars	entschuldigt
Herr Dirk Leistner	entschuldigt
Herr Wolfgang Meyer	unentschuldigt
Frau Julia Präkel	entschuldigt
Frau Dr. Doris Schmutzer	entschuldigt
Herr Norbert Schöler	entschuldigt
Herr Thomas Schulz	entschuldigt
Herr Peter van Slooten	entschuldigt
Frau Petra Voß	entschuldigt
Frau Susann Wippermann	unentschuldigt
Frau Andrea Zachow	entschuldigt

Tagesordnung

- Öffentlicher Teil -

1.	Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit	
2.	Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen/FR: „Hinweise bei Einladungen und Terminen über die Erreichbarkeit mit dem ÖPNV“	A/3/0030
3.	Antrag der Kreistagsfraktionen Bürger für Vorpommern-Rügen/Freie Wähler und Bürger für Stralsund-FDP: „Einführung eines kostenlosen Azubi-Tickets im Bediengebiet der Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen GmbH“	A/3/0031
4.	Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen/FR: „Fischland-Darß-Zingst und Rügen jeweils als Modellregion unterstützen und Modellregion Landkreis Vorpommern-Rügen prüfen“	A/3/0032
5.	Antrag der Kreistagsfraktion AfD: „Erteilung einer Dienstanweisung an die Verwaltung durch den Landrat“	A/3/0033

6.	Antrag der Kreistagsfraktion CDU: „Binnendifferenzierung der Nitratbelastung“	A/3/0034
7.	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und SPD: „Kulturförderrichtlinie erweitern“	A/3/0035
8.	Antrag der Kreistagsfraktion CDU: „Brandschutz stärken“	A/3/0036
9.	Mitteilungen	

- Nichtöffentlicher Teil -

10.	Personalangelegenheit	BV/3/0100
11.	Personalangelegenheit	BV/3/0088/1
12.	Grundstücksangelegenheit	BV/3/0091

Sitzungsergebnis

- Im öffentlichen Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Kreistagspräsidentin Meyer eröffnet die Fortführung der 4. Sitzung des Kreistages Vorpommern-Rügen und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und 48 von 69 Kreistagsmitgliedern anwesend sind. Somit stellt Frau Kreistagspräsidentin Meyer die Beschlussfähigkeit fest.

2. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen/FR: "Hinweise bei Einladungen und Terminen über die Erreichbarkeit mit dem ÖPNV"
Vorlage: A/3/0030

Herr Kiefer begründet den eingebrachten Antrag.

Herr Landrat Dr. Kerth merkt an, dass die entsprechenden Verkehrsverbindungen für jeden Einzelnen gesucht werden müssten. Dies stelle für das Gebiet des Landkreises einen erheblichen Mehraufwand dar.

Herr Kiefer führt an, dass damit im Stadtgebiet Stralsund begonnen werden könnte.

Herr Seifert erklärt, dass die Recherchearbeit für den Bürger wegfalle, jedoch dies auf die Verwaltung übergehe. Im Vorfeld müsste der ÖPNV dementsprechend ausgebaut werden.

Herr Landrat Dr. Kerth stellt klar, dass er den Vorschlag gut finde, jedoch könne dieser nicht entsprechend für die verschiedenen Anreisewege im Landkreis Vorpommern-Rügen umgesetzt werden.

Frau Latendorf informiert, dass es um eine Sensibilisierung für den ÖPNV gehen solle. Für jeden Versammlungsort sei die Umsetzung jedoch schwierig. Für die gleichen Sitzungsorte, wie z.B. die Hochschule Stralsund und der Carl-Heydemann-Ring, sehe sie kein Problem.

Herr Löttge führt an, dass eine Anwendung da erfolgen solle, wo eine Umsetzung unproblematisch möglich sei.

Frau Kähler weist daraufhin, dass eine Aufnahme der entsprechenden Information

von Vorteil wäre, um Bürger zur Benutzung der Busse anzuhalten.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Der Landrat wird beauftragt zu prüfen, wie zukünftig auf allen schriftlichen und digitalen Einladungen und Terminhinweisen auf die Erreichbarkeit mit dem öffentlichen Personennahverkehr hingewiesen werden kann. Auch dem Internetauftritt der Kreisverwaltung soll auf derartige Hinweise geprüft werden. Die Ergebnisse der Prüfung sollen dem Mobilitätsausschuss, spätestens im 2. Quartal 2020, zur weiteren Beratung mitgeteilt werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich mit 9 Ja-Stimmen abgelehnt

3. Antrag der Kreistagsfraktionen Bürger für Vorpommern-Rügen/Freie Wähler und Bürger für Stralsund-FDP: „Einführung eines kostenlosen Azubi-Tickets im Bediengebiet der Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen GmbH“
Vorlage: A/3/0031

Herr Löttge begründet den eingebrachten Antrag und beantragt diesen in den Mobilitätsausschuss, in den Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss und in den Wirtschafts-, Tourismus- und Digitalisierungsausschuss zu verweisen. Diese Ausschüsse sollen darüber jedoch erst beraten, wenn keine Änderung der Rechtslage vom Land herbeigeführt wird.

Herr Dr. Weiß informiert, dass es diverse Anträge zu diesem Thema gebe. Der Koalitionsausschuss im Landtag habe sich ebenfalls mit diesem Thema beschäftigt. Ein weiteres Thema sei auch die Schüler, die keine Anbindung an die Zielorte der Schulungsorte haben. Er habe Zweifel, dass eine separate Lösung für den Landkreis Vorpommern-Rügen erstellt werden könne. Wie werde zwischen Schülern aus dem Landkreis Vorpommern-Rügen und Schülern aus der Hansestadt Stralsund differenziert und denen, die aus dem Landkreis Vorpommern-Rügen nach Greifswald fahren würden? Wie sollte die Gleichbehandlung gehandhabt werden? Weiter fehle im Antrag die Deckungsquelle.

Herr Schwarz führt an, dass die Umsetzung bereits zum 1. August 2020 erfolgen müsse.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer bittet um Abstimmung, den Antrag in den Mobilitätsausschuss, in den Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss und in den Wirtschafts-, Tourismus- und Digitalisierungsausschuss zu verweisen.

Beschluss:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen verweist den Antrag A/3/0031:

„Der Kreistag Vorpommern-Rügen spricht sich für die Einführung eines kostenlosen Azubi-Tickets für den Öffentlichen Personennahverkehr im Bediengebiet der

Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen GmbH für Auszubildende und Studenten mit Wohnsitz im Landkreis Vorpommern-Rügen aus, die eine Berufliche Schule im Landkreis Vorpommern-Rügen besuchen."

in den Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss und in den Wirtschafts-, Tourismus- und Digitalisierungsausschuss.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

4. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen/FR: "Fischland-Darß-Zingst und Rügen jeweils als Modellregion unterstützen und Modellregion Landkreis Vorpommern-Rügen prüfen"
Vorlage: A/3/0032

Herr Prof. Dr. Wetenkamp begründet den eingebrachten Antrag.

Herr Scharmberg merkt an, dass es bereits einen Antrag zu Modellregionen gegeben habe und dieser in die Ausschüsse verwiesen worden sei. Die Zeit, die für eine Modellregion benötigt werde, sei sehr knapp bemessen. Eine Umsetzung anhand dieses Antrages sei nicht möglich.

Frau Kasten führt an, dass hierfür an vielen Stellen zusammen gearbeitet werden müsse. Sie bittet darum, die Zielstellung aufzunehmen und mit dem Land zu verhandeln.

Herr Heinke beantragt, dass der Antrag um den Zusatz „Weltkulturerbestadt Stralsund" erweitert werden solle.

Herr Löttge merkt an, dass das Thema bereits durch den Kreistag in die Ausschüsse verwiesen worden sei, jedoch noch kein Rücklauf erfolgte. Eine Modellregion stelle eine Möglichkeit dar, verschiedene Probleme aufzugreifen und entsprechende Lösungen zu finden. Durch das Wirtschaftsministerium sei eine entsprechende Richtlinie erarbeitet worden. Bei dieser sei auf die kommunale Selbstverwaltung hingewiesen und erklärt worden, dass der Landkreis moderierend wirken solle. Zwingend werden jedoch entsprechende Beschlüsse der Gemeinden benötigt. Weiter müssten auch weitere Städte für eine Modellregion berücksichtigt werden. Es sei ebenfalls wichtig die Ausschüsse mit einzubeziehen.

Herr Kuhn informiert, dass es sich um einen Prüfauftrag handele. Der Landkreis sei das einzige Bindeglied, welches unterstützen und prüfen könne. Dies unter Berücksichtigung des Ausschusses für Wirtschaft-, Tourismus- und Digitalisierung.

Herr Scharmberg merkt an, dass eine Prüfung des Landrates bis zum 20. April 2020 unmöglich sei. Die Frist müsse verlängert werden.

Frau Latendorf führt an, dass bis zur Bekanntgabe von Prüfungsergebnissen auch ein Bewerbungskonzept vorgelegt werden müsse. Dies sei mit der bestehenden Frist nicht realisierbar. Für einen Prüfauftrag sollte das Bewerbungskonzept keine Berücksichtigung finden. Eine weitere Möglichkeit sei die Modellregion Recknitz-Trebeltal.

Herr Landrat Dr. Kerth informiert, dass der Landkreis Vorpommern-Rügen mit dem Tourismusverband Darß Fischland im regen Austausch zu diesem Thema stehe. Entsprechende Anträge werden durch den Tourismusverband erstellt. Auf Rügen sei dies noch nicht so weit fortgeschritten. Möglich wäre eher ein Positionspapier, welches natürlich mit den Gemeinden abgestimmt vorgelegt werde könne und mögliche

Grundzüge mitteile. Dies gelte möglicherweise auch für Rügen.

Herr Suhr erwähnt, dass, wenn eine Terminvorgabe vom Land vorliege, unter Umständen eine Fristverlängerung gewährt werden könne. Sollte das Land nicht einwilligen, müssen alle Chancen genutzt werden, um in den Wettbewerb einzugehen.

Herr Löttge legt Wert darauf, dass die südliche Boddenküste einschließlich der Städte Barth und Ribnitz mit aufgenommen werde.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer lässt über den Änderungsantrag der Kreistagsfraktion CDU, die Erweiterung „Weltkulturerbestadt Stralsund" abstimmen.

Der Kreistag stimmt dem Änderungsantrag mehrheitlich zu.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE, Streichung des Bewerbungskonzeptes, es solle nur die Prüfung bestehen bleiben.

Herr Löttge ergänzt, dass die Tourismusregion Fischland Darß-Zingst und auch die Boddenküste sowie die Städte Barth und Ribnitz mit aufgenommen werden sollen.

Der Kreistag stimmt den Änderungen der Kreistagsfraktion DIE LINKE und den Änderungen von Herrn Löttge zu.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer bittet um Abstimmung des Ursprungsantrages unter Berücksichtigung der Änderungsanträge.

Beschluss: KT 108-04/2020

Der Landrat wird beauftragt, die Bewerbungen für die Tourismusregion Fischland-Darß-Zingst, **die südliche Boddenküste mit den Städten Ribnitz-Damgarten und Barth, die Weltkulturerbestadt Stralsund** sowie für die Tourismusregion Rügen gleichberechtigt als jeweilige Modellregion vorzubereiten, unter Einbeziehung der beteiligten Gemeinden durchzuführen und entsprechende Partner (z. B. mind. die Tourismusverbände und die Tourismuszentrale Rügen) an der Bewerbung zu beteiligen.
Der Landrat wird im Rahmen der Vorbereitungen gebeten zu prüfen, ob die Ausgestaltung anderer übergemeindlicher Zusammenschlüsse sinnvoll ist und unter Einbeziehung der beteiligten Gemeinden in die Bewerbungen aufgenommen werden sollen. Gleichermaßen wird der Landrat beauftragt zu prüfen, ob sich auch der Landkreis Vorpommern-Rügen selbst als Modellregion bewerben kann. Der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung sowie die Tourismusverbände, die Tourismuszentrale Rügen und die Gemeinden sollen an diesem Prozess beteiligt und über den Fortschritt informiert werden. Die Einbindung und Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs insb. in den ländlichen Regionen unseres Landkreises sollte Bestandteil des Konzeptes um die Modellregion und damit der Bewerbung(en) sein.
~~Der Landrat legt zum Kreistag am 20.4.2020 das Ergebnis der Prüfung und das Bewerbungskonzept vor.~~

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich mit 3 Gegenstimmen und 9 Enthaltungen zugestimmt

5. Antrag der Kreistagsfraktion AfD: "Erteilung einer Dienstanweisung an die Verwaltung durch den Landrat"
Vorlage: A/3/0033

Herr Herrmann begründet den eingebrachten Antrag.

Herr Kuhn führt an, dass der Antrag unzulässig sei, da er sich an den Kreistag wende. Das Landesreisekostengesetz regle diesen Sachverhalt eindeutig, es sei denn die Gebietskörperschaft treffe eine andere Regelung. Dies sei in der Hauptsatzung und Geschäftsordnung zu regeln. Der Landrat könne jedoch damit nicht beauftragt werden.

Herr Landrat Dr. Kerth führt an, dass nur eine Änderung der Geschäftsordnung eine entsprechende Regelung herbeiführen würde. Weiter genüge es, wenn der Nachweis auf dem elektronischen Wege eingereicht werde.

Frau Falkert merkt an, dass es kein Problem darstelle, den Beleg im Original für die Abrechnung vorzulegen. Eine Anreise mit dem PKW werde durch die Unterschrift quittiert.

Herr Herrmann merkt an, die Information, dass der Landrat nicht beauftragt werden könne, hätte bereits früher an die Fraktion herangetragen werden können. Es ginge um eine Vereinfachung der Abrechnung.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer bittet um Abstimmung

Beschluss:

Der Kreistag möge beschließen:

Der Landrat wird aufgefordert, der Verwaltung eine Dienstanweisung zu erteilen, dass ab 1.7.2020 die bei ehrenamtlicher Tätigkeit durch Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln entstandenen, plausiblen Auslagen von durch den Landkreis Vorpommern-Rügen zu entschädigender Personen erst ab einer Höhe von 50 € durch entsprechende Nachweise belegt werden müssen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich mit 6 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt

6. Antrag der Kreistagsfraktion CDU: "Binnendifferenzierung der Nitratbelastung"
Vorlage: A/3/0034

Herr Kliewe begründet den eingebrachten Antrag.

Herr Niehaus schlägt vor, den Antrag in den Ausschuss für Umwelt, Fischerei- und Forstwirtschaft zu verweisen.

Herr Dr. Weiß führt an, dass eine Binnendifferenzierung durchgeführt werden müsse. Eine entsprechende Diskussion müsse im Ausschuss für Umwelt, Fischerei- und Forstwirtschaft erfolgen.

Herr Kuhn informiert, dass die Kreistagsfraktion CDU eine Verweisung in den Ausschuss für Umwelt, Fischerei- und Forstwirtschaft begrüße.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer bitte um Abstimmung den Antrag in den Ausschuss für Umwelt, Fischerei- und Forstwirtschaft zu verweisen.

Beschluss:

Der Kreistag verweist den Antrag A/3/0034:

„Der Kreistag Vorpommern-Rügen fordert die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern, insbesondere das Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt, auf, das „Rote Gebiet" auf der Insel Rügen unverzüglich einer Binnendifferenzierung zu unterziehen.

Weiterhin sind die belasteten Messstellen auf der Insel Rügen einer Fundstellenanalyse zu unterziehen, bei der alle Ursachen für einen erhöhten Wert ermittelt werden.

Weitere neue Messstellen sollen gebaut und Messstellen von anderen Betrieben, Verbänden und Einrichtungen bei der Erstellung von umfassenden Ergebnissen herangezogen werden.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen fordert den Landrat auf eine Binnendifferenzierung in den „Roten Gebieten" und eine Fundstellenanalyse der Nitratbelastung nachhaltig zu unterstützen."

in den Ausschuss für Umwelt, Fischerei- und Forstwirtschaft.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

7. Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und SPD: "Kulturförderrichtlinie erweitern" Vorlage: A/3/0035

Herr Thomas begründet den eingebrachten Antrag.

Frau Kasten führt an, dass der Ausgangspunkt für die Beschlussvorlage ein Treffen der Fraktionsvorsitzenden beim Landrat gewesen sei. Ziel sei es, etwas für den Zusammenhalt im Landkreis Vorpommern-Rügen zu unternehmen.

Herr Hofmann merkt an, dass eine Erweiterung der Kulturförderrichtlinie im Ausschuss besprochen werden müsse. **Herr Hofmann** beantragt daher die Verweisung in den Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer bittet um Abstimmung den Antrag in den Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss zu verweisen.

Beschluss:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen verweist den Antrag A/3/0035:

„Der Landrat wird beauftragt, die Kulturförderrichtlinie des Landkreises Vorpommern-Rügen so zu erweitern, dass auch Dorf-, Stadt- und Brauchtumsfeste finanziell durch den Landkreis unterstützt werden können.
Hierzu ist in der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von

Kunst und Kultur im Landkreis Vorpommern-Rügen (Kulturförderrichtlinie)
der Punkt 2. Gegenstand der Förderung wie folgt neu zu gliedern:
„2. Gegenstand der Förderung
Förderfähig sind:
2.1 Projekte und Maßnahmen aus den Bereichen
-bildende Kunst,
-darstellende Kunst,
-Musik,
-Literatur,
-Film und Medien,
-Heimatpflege und niederdeutsche Sprache,
-Soziokultur,
-Museen,
-Galerien,
-Bibliotheken,
-Gedenkstätten.
2.2 Veranstaltungen von Kommunen, die dem Gemeinwohl dienen, wie Dorf-, Stadt- oder Brauchtumsfeste oder Veranstaltungen zu besonderen Jubiläen.“

Darüber hinaus ist beim Punkt 4. Zuwendungsvoraussetzungen unter 4.1 Zuwendungen werden nur für Vorhaben bewilligt, der zweite Anstrich wie folgt zu erweitern:
„-die von regionaler oder besonderer künstlerischer oder kulturpolitischer Bedeutung sind **oder die das kulturelle Zusammenleben in der Kommune fördern**“.“

in den Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich mit 27 Ja-Stimmen zugestimmt

8. Antrag der Kreistagsfraktion CDU: "Brandschutz stärken" Vorlage: A/3/0036

Herr Heinke begründet den eingebrachten Antrag.

Herr Scharmberg führt an, dass der Landkreis Vorpommern-Rügen auf die Bereitschaft durch Ehrenamtliche in den Gemeinden angewiesen sei. Aber auch, dass in den entsprechenden Gemeinden Geräte zur Verfügung stehen würden. Dafür habe der Landkreis Vorpommern-Rügen in den letzten Jahren immer gesorgt. Eine Bereitstellung von finanziellen Mitteln solle nur gegenüber dem Kreisfeuerwehrverband in Zusammenarbeit und mit Abstimmung mit dem Landkreis Vorpommern-Rügen erfolgen.

Herr Löttge informiert, dass es in letzter Zeit sehr wichtig geworden sei, die Feuerwehr finanziell zu unterstützen.

Herr Prof. Dr. Wetenkamp beantragt, dass der Antrag in den Ausschuss für Präventions-, Brand- und Katastrophenschutz verwiesen werden sollte.

Frau Kasten merkt an, dass die Finanzierung nicht im aktuellen Haushalt berücksichtigt sei und im nächsten Haushalt Berücksichtigung finden sollte.

Herr Landrat Dr. Kerth informiert, dass der Antrag die notwendigen Bedingungen nicht erfülle, um in einen laufenden Haushalt die geforderte Summe einzustellen. Weiter habe er das Fachgebiet Rettungsdienst, Brand- und Katastrophenschutz aufgefordert, für Fördermittel im nächsten Haushalt mehr finanzielle Mittel anzumel-

den. Leider gebe es nicht genügend finanzielle Mittel, um eine entsprechende Deckung in diesem Jahr zu gewährleisten. Einem entsprechenden Beschluss müsste er widersprechen. Dies sende ein negatives Signal an die Feuerwehren.

Herr Kuhn führt an, dass in der Vergangenheit für die Schülerbeförderung und für das Welcome Center eine finanzielle Lösung gefunden worden sei. Eine Finanzierung aus Überschüssen, Mehrerlösen und Grundstücksverkäufen sei durchaus eine Lösung. Sollte es Finanzierungsmöglichkeiten geben, sollten diese geprüft werden und für den Brandschutz genutzt werden.

Herr Scharmberg ergänzt zu den Ausführungen des Landrates, dass keine Auszahlungen im laufenden Jahr, wie z.B. bei Fahrzeugen, erfolgen würden. Das Vorhalten einer Feuerwehr sei die einzige kommunale Pflichtaufgabe, die die Gemeinden zu realisieren hätten. Je größer die Kommunen sind, je weniger würden sich Freiwillige melden. Es müsse ein Signal gesendet werden, dass die Freiwillige Feuerwehr unterstützt werde.

Herr Landrat Dr. Kerth appelliert, dass überlegt werden müsse, welche Maßnahmen im laufenden Haushaltsjahr umgesetzt werden könnten. Die Maßnahmen, die nicht umgesetzt werden könnten, müssten dann im nächsten Haushaltjahr Berücksichtigung finden.

Herr Prof. Dr. Wetenkamp beantragt die Verweisung in den Ausschuss für Prävention, Brand- und Katastrophenschutz und den Haushalts- und Finanzausschuss.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer bittet um Abstimmung, den Antrag in die Ausschüsse Prävention, Brand- und Katastrophenschutz und den Haushalts- und Finanzausschuss zu verweisen.

Der Kreistag lehnt die Verweisung in den Prävention, Brand- und Katastrophenschutz und den Haushalts- und Finanzausschuss mehrheitlich mit 21 Ja-Stimmen ab.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer bittet um Abstimmung des Ursprungsantrages.

Beschluss: KT 109-04/2020

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Landrat wird beauftragt, aus den Haushaltsüberschüssen das Produkt „1260000 – Brandschutz“ unverzüglich um 1 Mio. € zur Förderung von Investitionen in den vorbeugenden und den abwehrenden Brandschutz der Gemeinden und des Landkreises aufzustocken.
Daneben sollen Kinder- und Jugendfeuerwehren im Landkreis mit bis zu 100.000 € unterstützt werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig mit 14 Enthaltungen zugestimmt

9. Mitteilungen

Herr Kliewe äußert sich zur aktuellen Lage beim Zweckverband Wasserversorgung und Abwasserbehandlung Rügen.

Frau Falkert stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung und weist auf die Hauptsat-

zung hin, dass das Präsidium nur aus der Kreistagspräsidentin, den Stellvertretern und drei Kreistagsmitgliedern bestehe. Für die Kreistagsmitglieder und Gäste könne jedoch der Eindruck enstehen, dass der Landrat ebenfalls ein Kreistagsmitglied darstelle.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer weis daraufhin, dass es sich hierbei um keinen Antrag zur Geschäftsordnung handele. Frau Falkert möge dies in ihrer Fraktion vortragen oder dem Präsidium eine Anfrage stellen.

Herr Kracht teilt mit, dass die Stadt Sassnitz ebenfalls Aufgaben der Hafenbehörde wahrnehme. Den einlaufenden Schiffen müsse eine Abfrage zugeschickt werden, die Fragen nach dem Gesundheitszustand der Besatzung enthalten. Er möchte wissen, wie sich der Landrat zu den Regularien des Bundesgesundheitsministeriums bekenne.

Frau Kähler merkt an, dass der Kreistag nicht der richtige Ort sei, um sich über die Belange des Zweckverbandes Wasserversorgung und Abwasserbehandlung Rügen zu äußern.

Herr Herrmann erfragt, wozu der Kreistag über Fachausschüsse verfüge. Es werde jeder Antrag in die Ausschüsse verwiesen werden.

Weitere Mitteilungen gibt es nicht.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer schließt den öffentlichen Teil der Fortführung der 4. Kreistagssitzung und bittet darum, dass die Nichtöffentlichkeit hergestellt werde.

2. Juni 2020, gez. K. Meyer	2. Juni 2020, gez. M. Hanusch
_____	_____
Datum, Unterschrift	Datum, Unterschrift
Kathrin Meyer	Marcus Hanusch
Kreistagspräsidentin	Protokollführer